

Factsheet Russland

April 2024

1 Fakten und Zahlen



Karte: [UN Cartographic Section](#), 2004

Bevölkerung: rund 146 Millionen ([Schätzung 2023](#))

Ethnien: russisch 77,7 %, tatarisch 3,7 %, ukrainisch 1,4 %, baschkirisch 1,1 %, tschuwaschisch 1 %, tschetschenisch 1 %, sonstige 10,2 %, nicht näher bezeichnet 3,9 % ([Schätzung 2010](#)). In der Volkszählung 2010 waren fast 200 nationale und/oder ethnische Gruppen vertreten.

Religionen: Russisch-Orthodox 15–20 %, Islam 10–15 %, andere Christ*innen 2 % ([Schätzung 2006](#))

Semipräsidentielle Föderation: Staatsoberhaupt: Präsident Wladimir Wladimirowitsch Putin (seit 08.05.2012); zuvor bereits Präsident von 2000 bis 2008. Direktwahl des Präsidenten mit absoluter Mehrheit für eine Amtszeit von sechs Jahren (zuletzt 2024). Regierungschef: Premierminister Michail Wladimirowitsch Mischustin (seit 16.01.2020, ernannt durch den Präsidenten).

2 Risikoprofile

- **Regierungskritische Personen, [Oppositionelle](#),** Teilnehmende an regierungskritischen [Demonstrationen](#), Personen, die sich im [Internet regierungskritisch äussern](#), kritische [Umweltaktivist*innen](#).
- **Gegner*innen und Kritiker*innen der «Spezialoperation in der Ukraine»** riskieren Gewalt, [Verhaftung](#) und [Strafverfolgung](#). Personen, die «**Falschinformationen**» über den Einsatz der russischen Streitkräfte verbreiten oder diese «**diskreditieren**» droht [Strafverfolgung](#).
- **Menschenrechtsaktivist*innen** riskieren, festgenommen, [inhaftiert](#) und mit unfairen Prozessen verfolgt zu werden.
- Mitarbeitende von NGOs und Personen, die als «**ausländische Agenten**», «**extremistisch**» oder für «**unerwünschte Organisationen tätig**» eingestuft wurden.
- **Journalist*innen**, die unabhängigen und [regierungskritischen Journalismus](#) betreiben.
- **Mitglieder der Zeugen Jehovas.** Die Organisation ist gesetzlich verboten. Mitglieder können [willkürlich festgenommen](#), in Haft [misshandelt und gefoltert](#) sowie [strafrechtlich verfolgt werden](#).
- **Frauen.** Verbrechen «[im Namen der Ehre](#)» in Tschetschenien, Dagestan und anderen Regionen im Nordkaukasus. [Ungenügender Schutz](#) vor häuslicher Gewalt.
- **LGBTIQ-Personen.** Entführungen, Folter und [aussergerichtliche Hinrichtungen](#) in [Tschetschenien](#). Gewalt und [Strafverfolgung](#) («[Propagandagesetz](#)») durch den Staat. [Übergriffe](#) durch Dritte und unzureichender Schutz durch die Polizei.
- **Deserteure und Soldaten, die sich weigern, einen Befehl eines Vorgesetzten auszuführen,** droht [eine Gefängnisstrafe](#). [Berichten](#) zufolge werden in der Ukraine stationierte Befehlsverweigerer oder Deserteure inhaftiert, misshandelt oder mutmasslich sogar getötet.

3 Jüngste Entwicklungen

Russische Kriegsverbrechen in der Ukraine. Seit Beginn der Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 wurden zahlreiche [Kriegsverbrechen](#) der russischen Streitkräfte [dokumentiert](#). Der [Internationale Strafgerichtshof](#) hat Haftbefehle gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die russische Kinderrechtskommissarin Maria Lvova-Belova erlassen. Ihnen wird die unrechtmässige Deportation von Kindern aus der Ukraine nach Russland vorgeworfen.

Austritt aus Europarat und europäischer Menschenrechtskonvention. Russland ist am 15. März 2022 aus dem Europarat ausgetreten. Im Juni 2022 wurde ein [Gesetz](#) verabschiedet, wonach russische Behörden rückwirkend zum 15. März 2022 Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ignorieren können.

Verschlechterung der Menschenrechtslage in Russland. Im Mai 2023 wurde [Mariana Katzarova](#) zur ersten UNO-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte in Russland ernannt, dies aus Sorge der [UNO](#) angesichts «der signifikanten Verschlechterung der Menschenrechtslage in der Russischen Föderation, [...] die sich durch systematische Unterdrückungsmassnahmen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen äussert».

Keine freien und fairen Wahlen. Wladimir Putin wurde bei den russischen Präsidentschaftswahlen, die vom 15. bis 17. März 2024 stattgefunden haben, mit offiziell [87 Prozent der Stimmen](#) für eine fünfte Amtszeit gewählt. Am 4. März 2024 wies der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte [Volker Türk](#) darauf hin, dass mehrere [Präsidentschaftskandidaten](#) «aufgrund mutmasslicher administrativer Unregelmässigkeiten nicht antreten konnten».

Strafen für Gegner*innen der «Spezialoperation». Am 27. Februar 2024 wurde [Oleg Orlov](#) zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, weil er in einem Artikel, in dem er die Invasion in die Ukraine anprangerte, die russische Armee diskreditierte. Am 31. Januar 2024 wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Regierung ermächtigt, [das Eigentum von Mitgliedern der russischen Diaspora](#) zu beschlagnahmen, die Russland durch ihren Widerstand gegen den Krieg «beschmutzen». Oppositionelle werden in Russland von den Sicherheitskräften aufgesucht, [willkürlich festgenommen](#), [strafrechtlich verfolgt](#), bedroht und tödlich angegriffen. Insbesondere [Journalist*innen](#) drohen [harte Strafen](#) durch das neue Gesetz.

Antiterrorgesetze zur Unterdrückung von Dissident*innen. Über [90 Prozent der Verurteilungen](#) im Zusammenhang mit Terrorismus betreffen nicht Terroranschläge, sondern Aktivitäten, die als «Rechtfertigung des Terrorismus» angesehen werden. Die Verurteilungen wegen solcher Aktivitäten [sind in den letzten zehn Jahren um das 50-fache](#) gestiegen. Die [Terrorist*innen- und Extremist*innenliste](#) des *Föderalen Dienstes für Finanzüberwachung* umfasst 13'647 Personen, 11'286 davon werden als «Terrorist*innen» eingestuft. 106 dieser Personen sind jünger als 18 Jahre (Stand Dezember 2023).

Tod von Alexej Nawalny. Am 16. Februar 2024 gaben die russischen Behörden den [Tod von Alexej Nawalny](#), dem bekanntesten russischen Oppositionellen, bekannt, der unter ungeklärten Umständen in der sibirischen Strafkolonie, in der er inhaftiert war, gestorben ist. Nach Bekanntgabe seines Todes wurden in 39 russischen Städten mindestens 387 Personen bei friedlichen Gedenkveranstaltungen [festgenommen](#). 2023 wurden ausserdem mehrere Personen, die mit Alexej Nawalny zusammengearbeitet oder seine Stiftung gegen Korruption finanziell unterstützt haben, [wegen Extremismus verurteilt](#).

«Ausländische Agenten» und «unerwünschte Organisationen». Am 28. Februar 2024 hat die Duma [einen Gesetzesentwurf](#) verabschiedet, der es Werbetreibenden verbietet, mit «[ausländischen Agenten](#)» zusammenzuarbeiten, sprich mit Personen oder Organisationen, die nach Ansicht der russischen Behörden «[unter ausländischem Einfluss stehen](#)». Die Regierung weitet somit die Gesetzgebung zu «ausländischen Agenten» durch [neue Gesetze](#) weiter aus.

Verschärfung des Anti-LGBT-Gesetzes. Im Januar 2024 verhängten zwei russische Gerichte die [ersten Urteile](#) im Zusammenhang mit der [internationalen sozialen LGBT-Bewegung](#), die von den russischen Behörden 2023 als extremistische Organisation eingestuft worden war. In drei Fällen im Zusammenhang mit der Regenbogenfahne, einem von der Regierung als illegal erklärtes Symbol der LGBT-Bewegung, wurden [Verwaltungsstrafen](#) verhängt. Ausserdem wurde eine Frau für das Tragen von Ohrringen in Regenbogenfarben zu fünf Tagen Haft verurteilt.

Im Juli 2023 hat die russische Regierung einen Gesetzesentwurf zum [Verbot von Geschlechtsumwandlungen und Transidentität](#) in Russland verabschiedet. Im Dezember 2022

wurde ein [Gesetz](#) verabschiedet, welches das Verbot der «Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen, Pädophilie und Geschlechtsumwandlung» auf alle Altersgruppen ausweitet.

Verschärfungen des Gesetzes zum Wehrdienst. Im April 2023 hat die russische Regierung ein [Gesetz](#) verabschiedet, das es den Russen erheblich erschwert, sich der Wehrpflicht zu entziehen. Im September 2022 wurden die [Strafen](#) für Desertion, Befehlsverweigerung und Kapitulation verschärft.

Folter und Misshandlungen. Folter und andere Misshandlungen in [Haft- und Untersuchungshaftanstalten](#) sind nach wie vor weit verbreitet und bleiben oft [straflos](#). Im August 2023 berichteten Dutzende [ehemalige ukrainische Gefangene](#), die im Rahmen von Gefangenenaustauschen freigelassen worden waren, der BBC, dass sie in einer Haftanstalt in Taganrog physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt gewesen seien. Grigory Vaypan, Anwalt bei *Memorial*, erklärt, dass «für [politische Gefangene](#) die Situation oft noch schlimmer ist, da der Staat versucht, sie härter zu bestrafen, sie noch mehr von der Welt zu isolieren und alles daran setzt, sie zu brechen».

Nach dem [Terroranschlag](#) auf die Crocus City Hall in Moskau am 22. März 2024 wurden insbesondere [Arbeiter*innen aus Zentralasien](#) in Russland verstärkt verfolgt, was sich durch Massenverhaftungen und -deportationen äusserte.

4 Praxis der Schweizer Behörden

Zahlen des SEM für 2023. Anerkennungsquote im Jahr [2023](#): Asylgewährungsquote: 6,4 %; Schutzquote: 13,5 % (Positiv + VA)